

# ***Stadt – Land – Fluss***

Den Saale-Holzland-Kreis nachhaltig und sozial gestalten

***Kommunalwahlprogramm 2024***

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

**SAALE-HOLZLAND-KREIS**



## ***Einleitung***

Das Freistaat Thüringen, seine Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen bündnisgrüne Politik mehr als je zuvor. Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein faires, offenes, gerechtes und tolerantes Miteinander in unserer Gesellschaft ein.

Wir treten dafür ein, dass unseren Städten und Gemeinden lebenswerte Räume bleiben. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort wollen wir für konkrete Maßnahmen umsetzen, die einem effektiven Klima- und Naturschutz, einer verbesserten Mobilität, einer starken Landwirtschaft, einer zukunftsfähigen Wirtschaft und einer digitalen und schlanken Verwaltung sowie einer umfassenden Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen dienen.

Wir suchen gemeinsam nach Lösungen, um unser Land und unsere Heimat, den Saale-Holzlandkreis, zu einem besseren Ort für alle Menschen zu machen.

Wir Bündnisgrüne stehen auf Grund unserer Entstehungsgeschichte und der Verdienste unserer Mitglieder während der politischen Wende wie keine andere Partei zu demokratischen Werten und bürgerschaftlichem Engagement.

Wir sind offen für eine Zusammenarbeit mit Parteien und Wählervereinigungen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in Frage stellen. Gleichzeitig sind wir die Partei, die klare Kante gegenüber Personen und Organisationen zeigt, die den demokratischen Grundkonsens verlassen haben und durch Polarisierung die Gesellschaft auseinandertreiben.

## ***Klima & Umwelt***

### **Klimaneutrale Zukunft gestalten anstatt Klimakrise verwalten**

Der menschengemachte Klimawandel ist allgegenwärtig und die Welt droht bald die 1,5-Grad-Grenze zu überschreiten. Der Landkreis ist in zunehmend kürzeren Abständen von Starkniederschlägen und Hochwasser, aber auch von Phasen der Trockenheit und absterbenden Forstflächen betroffen. Die Kosten dieser Entwicklung werden auch für uns im Landkreis weiter ansteigen. Wir setzen uns für ein Handeln mit den Menschen vor Ort ein. Nicht zu handeln, ist keine Alternative.

### **Klimaschutz**

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher müssen sich Anstrengungen zum Klimaschutz in allen Kommunen und in allen relevanten Beschlüssen wiederfinden. Dazu zählt, ein klimagerechtes Leben und Wirtschaften vor Ort zu fördern. Ein Baustein dessen ist die Etablierung und Stärkung von regionalen Bürger:innen- & Erzeugungsgemeinschaften, ob beim Thema Erneuerbare Energien oder für Nahrung und Lebensmittel. Vor allem kleine Kommunen müssen einfachere Zugänge zu staatlichen Klimaschutz-Förderprogrammen erhalten, da bisher der bürokratische Aufwand oft ihre personellen Kapazitäten übersteigt. Auf Landesebene haben wir Bündnisgrüne bereits eine beispiellos einfache Förderung geschaffen, mit der Kommunen Geld für Klimaschutz bereit gestellt bekommen: das Förderprogramm "Klima-Invest".

Für die Energiewende müssen kommunale Flächen konsequent genutzt werden. Dach- und Fassadenflächen von öffentlichen Gebäuden sollten mit Photovoltaik- und Solarthermieanlagen bestückt werden. Daneben braucht es ein kommunales Dachkataster für Photovoltaik, um für Verbraucher:innen ersichtlich zu machen, wo sich Investitionen in Photovoltaik besonders lohnen.

Ein Teil der Einnahmen, die der Verkauf von Windstrom einbringt, fließt in die Kassen der Kommunen und kommt damit den Bürger:innen zu Gute. Wir wollen nach dem norddeutschen Vorbild auch Vereine der Flächenverpächter unterstützen, die einen Teil der Erträge gemeinnützig einsetzen wollen.

Für die sogenannte Wärmewende ist es notwendig, die kommunale Wärmeplanung zügig und landkreisweit nach gleichen Maßstäben anzugeben. Verbraucher:innen brauchen Sicherheit darüber, welche Energiequellen für Wärme in Zukunft zur Verfügung stehen, um ihre langfristigen Kosten so gering wie möglich zu halten. Ebenso brauchen Energieversorgungsunternehmen Planungssicherheit, um notwendige Investitionen zu tätigen.

### **Klimaschutz und Klimaanpassung**

Entscheidend für Natur und Umwelt ist ein stabiles Klima. Das Klima hat sich immer verändert und die Natur kann sich in begrenztem Maße anpassen. Doch der Mensch verändert das Klima seit dem letzten Jahrhundert durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe erwiesenermaßen so schnell wie nie zuvor. Viele Pflanzen und Tiere können sich nicht so schnell anpassen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Kommunen im Landkreis mehr Maßnahmen für wirksamen Klimaschutz und zugleich mehr Klimaanpassungsmaßnahmen betreiben. Dabei hilft auch der Austausch zwischen den Kommunen und die Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Unser Ziel ist es auch, die Bürger:innen stärker und frühzeitig beim Thema Klimaschutz einzubinden. So können verschiedene Interessen berücksichtigt und ausgeglichen werden. Klimaschutz ist für uns kein Selbstzweck, sondern notwendige Voraussetzung für die Sicherung von Lebensgrundlagen aus unserer Umwelt und zum Erhalt der Lebensqualität. Klimaschutz ist ein wichtiger Baustein für mehr soziale Gerechtigkeit, auch in unserer Region, da sich beispielsweise sozial schwächere schwerer an die Folgen vom Klimawandel anpassen können. Eine sich verschärfende Klimakrise wird zudem mehr Menschen zur Flucht zwingen.

### **Naturschutz**

Rahmen und Basis für den Naturschutz sind die ausgewiesenen Schutzgebiete in unserem Landkreis. Wir wollen einerseits erreichen, dass Abgrenzungs- und Ausgliederungsfragen schneller durch die zuständigen Naturschutzbehörden bearbeitet werden, damit Menschen und Kommunen schneller Gewissheit über ihre Entwicklungsperspektiven im Schutzgebieten haben. Andererseits werben wir dafür, schrittweise mehr Gebiete unter besonderen Schutz zu stellen, damit weiterer ungestörter Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie zur Erholung für Menschen bereit steht.

### ***Ländlicher Raum & Mobilität***

Zur Daseinsvorsorge gehören neben Ärzten und Kliniken die Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser, schnelles Internet sowie die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, wie Radwege und die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr. Unser Ziel ist es, gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen in verschiedenen Regionen zu fördern. Um den ländlichen Raum zukunftsfest für junge Menschen zu machen, müssen Menschen vor Ort gehalten und der Zuzug attraktiver gemacht werden. Hierzu zählt im ländlichen Raum unter anderem auch die aktive Anwerbung von Ärztinnen und Ärzten, um die Grundversorgung zu gewährleisten. Soziale Strukturen im ländlichen Raum lassen sich vor allem dann erhalten, wenn sie sich den neuen Herausforderungen stellen und allgemeine Fortschrittsbewegungen zu nutze ma-

chen. So braucht es zum Beispiel in Freiwilligen Feuerwehren mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, wenn man diese tageseinsatzbereit halten möchte. Wir streben die intelligente Mehrfachnutzung bestehender öffentlicher und kirchlicher Räume als Dorfgemeinschaftsobjekte etwa für Jugendliche und kleinere Initiativen und Vereine an. Ob bei der Digitalisierung, dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur oder bei der Energiewende: Im ländlichen Raum gibt es viele Defizite. Strukturschwache Regionen wurden bei Investitionen vernachlässigt. Hier gilt es, weiterzudenken und die Widerstandsfähigkeit des ländlichen Raumes gegen Klimaveränderungen und eine sich wandelnde Gesellschaft zu verbessern.

### **Mobilität & Verkehr**

Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, nicht nur von Straßen, ist der Schlüssel zur Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft. Mobilität ist Grundlage, um Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Anspruch zu nehmen. Der Zugang zur Mobilität muss niederschwellig, barrierearm, sicher sowie kostengünstig sein und ein vielfältiges Angebot haben. Leider ist der ländliche Raum durch eine starke Abhängigkeit vom eigenen PKW geprägt. Somit sind besonders junge und ältere Menschen häufig in ihrer Mobilität eingeschränkt. Für uns Bündnisgrüne gilt: Wir unterstützen die Freiheit anstatt die Abhängigkeit vom Auto. Mobilität und besonders der ÖPNV sollten weniger aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten begriffen werden. So wie Straßen ausschließlich mit Steuermitteln gebaut und unterhalten werden, ist der ÖPNV immer auch von Zuschüssen des Staates abhängig gewesen. Hier müssen Bund, Land und der Landkreis konsequent finanzieren, damit der öffentliche Nahverkehr in Zukunft nicht nur erhalten bleibt, sondern ausgebaut werden kann. Buslinien müssen stärker zur Vernetzung von Grund- und Mittelzentren untereinander genutzt und die Taktung verbessert werden. Es braucht digital unterstützte Konzepte zur besseren Abstimmung der Abfahrtszeiten. Die Takte müssen kürzer sowie intelligenter werden und sich am Bedarf der Nutzer:innen orientieren. Ein wichtiges Element für eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes sind „On-Demand“-Angebote, also zum Beispiel Rufbusse, Bürgerbusse und deren Vernetzung mit Taxiunternehmen. Denn besonders auf den „letzten Kilometern“ bis zur und von der Haustür ist die Verfügbarkeit des ÖPNV oft sehr schlecht und das Auto die einzige Alternative. Häufig können kurze Strecken zum Bus oder zur Bahn auch mit dem Fahrrad bewältigt werden. Dazu braucht es an Bahnhöfen und Bushaltestellen sichere Abstellplätze für Fahrräder: Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen und Fahrradbügel an kleineren Haltestellen, inklusive Lademöglichkeiten für E-Fahrräder. Zudem sind „Park and Ride“-Parkhäuser und -Parkplätze (P&R) für PKWs an Bahnhöfen wichtig, um den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu erleichtern. Das E-Fahrrad ermöglicht es, auch längere und bergige Strecke mit wenig Kraftaufwand zu bewältigen. Radwege müssen ausgebaut und die Radverkehrssicherheit insgesamt verbessert werden, damit mehr Menschen das Fahrrad für kurze oder lange Strecken nutzen können. Um die Nutzung des Fahrrads attraktiver zu machen, muss das überregionale, touristische Radnetz mit dem Ausbau kommunaler Radwegen abgestimmt und der Ausbau insgesamt beschleunigt werden. Es braucht an den Strecken und an bestimmten Stellen, wie Schulen, Sportstätten und an touristischen Sehenswürdigkeiten, Reparatur- und Ladestationen für Fahrräder. Nicht zuletzt gibt es unterschiedliche Konzepte für Verleihsysteme, damit Menschen spontan und überall ein Fahrrad nutzen können. Solche Verleihsysteme braucht es auch in unserem Landkreis, sowohl für unsere Einwohner:innen als auch für den Tourismus. Auch die Verkehrssituation in den Ortslagen muss sicherer werden, sowohl für Radfahrer:innen als auch für Fußgänger:innen. Bereits bei der Flächennutzungs- und Straßenplanung müssen barrierefreie, kinder- und seniorenfreundliche

Strukturen mitgedacht werden. Es braucht zum Beispiel weniger Kopfsteinpflaster, mehr Bordsteinabsenkungen, Alternativen zu Treppen und weniger gefährliche Stellen für kleine und langsame Verkehrsteilnehmer:innen. Ortslagen sollten, wo möglich, vom Schwerlastverkehr entlastet werden. Es braucht mehr Tempo-30-Zonen, um die Sicherheit besonders für Kinder & Familien sowie Senioren zu verbessern. Zudem vermeidet eine geschlechtergerechte Stadt- und Gemeindeplanung dunkle Ecken und erhöht die Sichtbarkeit und Sicherheit für Frauen.

## ***Wirtschaft, Landwirtschaft, Finanzen & Sicherheit:***

### ***Hand in Hand statt gegeneinander***

Die Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, einen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit zu bewältigen. Wirtschaftskreisläufe müssen neu gedacht und die Energieversorgung neu aufgestellt werden. Die Verwaltungen müssen agiler und stärker digitalisiert werden. Verwaltungsprozesse sollen ständig auf ihre Effizienz und Notwendigkeit geprüft werden, damit sie dem Naturschutz, der Wirtschaft und den Menschen dienen, statt zu blockieren.

#### **Wirtschaft & Ressourcen**

Die deutsche Wirtschaftskraft ist stark von Exporten und Importen abhängig und auf vielfältige Weise mit internationalen Märkten verflochten. Deutschland, Thüringen und der Landkreis verfügen über nur wenige eigene Ressourcen und Rohstoffe. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns besonders bei der Energieversorgung so unabhängig wie möglich von fossilen Importen machen. Der Import von Öl und Gas erfolgt oft aus autoritären Staaten, die mit unserem Geld ihre repressiven Regime finanzieren. Die Wirtschaft muss in Zukunft stärker auf heimische Energiequellen aus Sonne, Wind und Biomasse umstellen, auch um weniger anfällig gegen Energiepreiskrisen und Erpressungsversuche zu werden. Erneuerbare Energien in Verbindung mit verschiedenen Speichertechnologien, wie Großbatterien, diversifizierte Wasserstoffimporte, Wasserkraft oder thermische Speicher, sind langfristig die kostengünstigere Form der Energieversorgung und ein Garant für den wirtschaftlichen Wohlstand auch im Saale-Holzland-Kreis. Daher müssen diese Formen der Energieerzeugung und -versorgung stärker gefördert und ausgebaut werden. Die Unternehmen und Dienstleister im Landkreis stehen international, national und regional in Konkurrenz um knappe Fachkräfte und Personal. Bereits jetzt ist der Personalmangel ein großes Problem für die Prosperität im Land. Es braucht Unterstützung für Unternehmen, die ihre Fachkräftegewinnung verbessern wollen. Es braucht eine stärkere Förderung der Ausbildung von Menschen hin zu Fachkräften. Kommunen können in Kooperation mit Unternehmen zum Beispiel Wohnraum zur Verfügung stellen und bei der arbeitsplatznahen Wohnungssuche unterstützen. Alle Anwerbungsversuche im Ausland nützen nichts, wenn Personal und Fachkräfte nicht im Landkreis gehalten werden können. Ein großes Problem für die Attraktivität der Region ist die ablehnende, feindselige bis aggressive Haltung einiger Menschen gegenüber ausländischen oder schwarzen Menschen. Damit sich Migrant:innen in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz willkommen und zum Bleiben veranlasst fühlen, braucht es vielfältige Anstrengungen. Unternehmen und auch Behörden müssen dabei gefördert werden, die interkulturellen Kompetenzen ihre Mitarbeiter:innen zu verbessern. Arbeitgeber:innen müssen sich untereinander und mit der lokalen Zivilgesellschaft vernetzen, um gemeinsam an einer dauerhaften Willkommenskultur zu arbeiten. Besonders müssen jene Migrant:innen stärker zu einer Qualifizierung motiviert werden, die bereits im Landkreis leben,

aber unter vielfältigen Ausgrenzungserfahrungen leiden und noch nicht im Arbeitsmarkt integriert sind. Das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung muss sein, die Wertschöpfung in der Region zu halten und zu stärken. Bereits die heimische Energieproduktion durch erneuerbare Ressourcen führt dazu, dass mehr Geld in der Region verbleibt und nicht ins Ausland abfließt. Ebenso müssen regionale Produktionskreisläufe ausgebaut werden, damit kleinere und mittlere Unternehmen und Dienstleister aus dem Landkreis vom Transformationsprozess profitieren können und die Wertschöpfung in der Region verbleibt. Die Förderung von regionalen Eigenbetrieben und Genossenschaften im Bereich Energieversorgung, Wohnen und (landwirtschaftlicher) Flächennutzung ist hierbei ein zentrales Element. Die Selbstorganisation und der Zusammenschluss kleinerer Wirtschaftsakteure stärkt deren Stellung am Markt. Kommunen müssen wirtschaftliche Neugründungen und Unternehmen, die ihren Energieverbrauch reduzieren und auf die Versorgung mit Erneuerbaren Energien umstellen, stärken und besser unterstützen. Auch muss die regionale Handwerkerschaft bei öffentlichen Vergaben stärker berücksichtigt und bei der Integration von Migrant:innen unterstützt werden. Wenn wir die Wertschöpfung in der Region halten und weniger vom Import von Ressourcen abhängig sind, ist es einfacher, eine nachhaltige Bewirtschaftung dieser Ressourcen zu ermöglichen. Holz ist ein idealer Baustoff, um energieintensive Materialien wie Beton und Ziegel zu ersetzen. Die Verbrennung von Holz muss die letzte Stufe im Verwertungsprozess dieses heimischen Rohstoffes sein, ist aber gerade im Saale-Holzlandkreis als ein Baustein für die Wärmeversorgung unverzichtbar, sofern eine nachhaltige Forstwirtschaft betrieben wird.

### **Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft steht neben dem Personalmangel und fehlender Hofnachfolge natürlich vor dem großen Problem, auf die sich rasant wandelnden Klimabedingungen reagieren zu müssen. Das Einkommen von Landwirten und Bäuerinnen ist stark von der Preisentwicklung an internationalen Märkten abhängig. Preisschwankungen am internationalen Rohstoffmarkt und die Abhängigkeit von einzelnen, großen Zwischenhändlern bringen landwirtschaftliche Betriebe häufig in existenzbedrohende Lagen. Bei fehlender Perspektive für Betriebe sind es oft große Konzerne oder Hedgefonds, die Flächen aufkaufen und sogenanntes „Land Grabbing“ betreiben. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen nur regionalen Akteurinnen mit tatsächlichem Firmensitz in Thüringen gestattet wird, um eine Spekulation mit unseren Böden zu verhindern.

Ein Element, das weiter gestärkt werden muss, sind der diversifizierte Anbau und die regionale Vermarktung, unter anderem durch die Schaffung von Gemeinschaftsversorgung sowie Möglichkeiten der regionalen Selbstversorgung und Selbstvermarktung. Für kleinere Betriebe ist es oft schwierig, einen eigenen Hofladen zu betreiben, auch weil sie oft nur eine kleine Zahl an Ackerfrüchten anbauen und nur wenige Produkte selbst herstellen. Kommunen können hierbei die gemeinsame Vermarktung mehrerer kleiner Landwirtschaftsbetriebe unterstützen und zum Beispiel durch die Bereitstellung von Verkaufsflächen fördern. Bereits bei der Verpachtung von Flächen müssen Kriterien der Regionalität und Ökologie viel stärker berücksichtigt und gefördert werden. Verpächter:innen müssen für das Thema Regionalität insgesamt sensibilisiert werden. Dem Problem des Personalmangels und auch der Herausforderung, den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren, lässt sich begegnen, indem die landwirtschaftliche Erzeugung digitalisiert und automatisiert wird. Der Einsatz selbstfahrender Großmaschinen benötigt Investitionen, aber reduziert die laufenden Kosten für Personal. Kleinere, autonome Maschinen können mit Lasern gezielt gegen Unkraut eingesetzt werden, den Schädlingsbefall

überwachen und gezielt bekämpfen. Bei den notwendigen Investitionen müssen Bund, Land und Kommunen helfen. Langfristig versprechen solche Investitionen einen Gewinn für Landwirtschaft, Mensch und Umwelt.

Agroforstwirtschaft und Agriphotovoltaik generieren zusätzliche Einnahmen für die Betriebe. Beide Systeme wirken sich meist positiv auf die Nutzung der Flächen aus, indem sie Schatten spenden, Verdunstung reduzieren und vor Wind und Hagel schützen. Wir Bündnisgrüne würdigen die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor und unterstützen deren Vielfalt. Wir unterstützen die ländliche Neuordnung im Sinne der Splitterflächenauflösung als Instrument der Verbesserung der Agrarstruktur. In den Kommunen müssen Ansätze zur Mehrfachnutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Lebensmittelproduktion sowie die Wärme- und Stromerzeugung gefördert werden, um Synergien für die Gewässerpflege und -entwicklung zu heben.

### **Finanzen**

Für die Kommunen ist die Gewerbesteuer eine wichtige Einnahmequelle, die es durch die Ansiedlung neuer Gewerbe zu stärken gilt. Dennoch muss der Flächenverbrauch und die Flächenversiegelung reduziert werden. 2021 lag der Flächenfraß in Thüringen bei 24 Hektar, pro Tag! Das Ziel bis 2030 muss sein, nicht mehr als 2 Hektar am Tag zu verbrauchen. Dazu müssen vorhandene Gewerbeflächen effizienter genutzt und bestehende Versiegelungsflächen aufgebrochen werden.

### **Sicherheit**

Gerade im ländlichen Raum besteht ein umfassendes Sicherheits- und Gleichbehandlungsbedürfnis, dem wir als Bündnisgrüne auf kommunaler Ebene verstärkt nachkommen wollen. Das Verbrennen von Gartenabfällen im Frühjahr und Herbst oder im Hochsommer in Feld- und Waldnähe muss konsequent als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Auch gegen wilde Müllkippen muss verstärkt vorgegangen werden, etwa durch vermehrte Anzeigen bei der Polizei sowie stärkere bürgerschaftliche Überwachung sensibler Bereiche mittels elektronischer Meldewege. Darüber hinaus sollen in regelmäßigen Abständen erfolgte ordnungswidrige und kriminelle Handlungen in den Gemeinden zusammen mit der Polizei ausgewertet und gegenüber der Bürgerschaft thematisiert werden - auch um vor Ort für vorbeugende Maßnahmen zu sensibilisieren. Gemeindefeuerwehren müssen so aufgestellt werden, dass sie ihre Aufgabe gegebenenfalls im überörtlichen Zusammenwirken tatsächlich erfüllen können. Unter Umständen müssen schlagkräftige, taktische Einheiten aus mehreren Teileinheiten zusammengestellt werden. Dabei müssen wir die Brandschutzeinheiten und Technisches Hilfswerk mehr als bisher auf die Bewältigung von Vegetationsbränden, Starkregenereignissen und Hochwasserlagen ausrichten, um zukünftig wirtschaftliche Schäden der Menschen im Landkreis weitestgehend zu begrenzen und das Gefühl des Ausgeliefertseins zu vermeiden.

## ***Soziales, Kultur & Tourismus: Kit und Rückgrat des Landkreises***

Viele Menschen in unserer Gesellschaft erfahren Ungleichbehandlungen und Ausgrenzungen im Alltag: Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen, die anders miteinander leben und lieben, Menschen anderer Herkunft, Sprache und Glaubens und Menschen, die von Armut betroffen sind. Wir Bündnisgrüne im Saale-Holzland-Kreis kämpfen dafür, dass alle Menschen hier eine Heimat finden und ohne Benachteiligung leben und an der Gesellschaft teilhaben können.

### **Soziales**

Es braucht stabile soziale Strukturen, um das Miteinander aller Menschen zu ermöglichen und um Verlässlichkeit sozialer Angebote zu gewährleisten. Einsamkeit ist für viele Menschen ein Faktor, der die eigene Gesundheit und Existenz schwer belasten kann. Hier schaffen soziale Strukturen eine Vernetzung und einen Austausch, die auch helfen, Einsamkeit zu überwinden und Menschen vor Gewalt im häuslichen Umfeld zu schützen. Ebenso gibt es Bedarf beim Ausbau der Beratungsstruktur für Betroffene von Rassismus und von Gewalt, ob gegen Frauen, Kinder oder Migrant:innen. Dazu gilt es, Frauen gleichwertig an der Macht teilhaben zu lassen, Träger:innen der Jugendsozialarbeit zu fördern und migrantische sowie queere Gruppen zu stärken. Wir Bündnisgrüne priorisieren weiterhin eine dezentrale Unterbringung von Asylberechtigten. Ebenso wichtig für die zugewanderten Menschen sind interkulturelle Begegnungsräume, die geschaffen und gefördert werden müssen. Durch Begegnung wird ein Austausch zwischen migrantischen und einheimischen Menschen ermöglicht und es werden Ängste, Vorurteile und Einsamkeit abgebaut. Das Selbstverständnis für gesellschaftliche Vielfalt muss auf allen Ebenen verbessert werden. Ohne Zuzug und Zuwanderung wird der Landkreis aufgrund des demografischen Wandels zunehmend altern. Der Mangel an Personal wird bis 2030 weiter dramatisch zunehmen. Wenn das Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlt, wird die stationäre Betreuung der zunehmenden Zahl älterer Menschen kaum noch zu bewerkstelligen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass Zugewanderten eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten müssen auch Belange queerer, also homosexueller, transidenter und nonbinärer Menschen, angesiedelt werden. Zu viele Jugendliche sehen für sich als queere Personen keinen Platz in der Gesellschaft und müssen alltäglich Ausgrenzung und Abwertung ihrer Identität erleben. Es braucht eine auf spezifische Identitäten ausgerichtete Politik, um Menschen gezielt zu schützen und um den Landkreis lebenswerter für alle Menschen zu gestalten. Auf Kreisebene sollte ein Inklusionsrat etabliert werden, das heißt, ein Runder Tisch unter anderem von Schulen, Kirchen, Verwaltung, Unternehmen sowie Sportvereinen. Daneben ist eine bessere Netzwerkbildung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und wissenschaftlichen Einrichtungen notwendig, um Inklusion und Integration in aller Vielschichtigkeit konsequent zu fördern. Das Landratsamt und die kommunalen Verwaltungen müssen eine barriereärmere Kommunikation in leichter Sprache und für Menschen mit Sehbehinderungen bereitstellen. Mitarbeitende in den Verwaltungen müssen in Gebärdensprache und einfacher Sprache aus- und weitergebildet werden. Im Landratsamt könnten Schulmaterialien in leichter Sprache und für sehbehinderte Menschen für die Schulen im Landkreis bedarfsgerecht bereitgestellt und verteilt werden. Ein existenzielles Thema für Menschen ist die bezahlbare Wohnung. Menschen im Landkreis sind von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen. Ihnen muss geholfen werden. Sozialwohnungen müssen gleichmäßiger über den Landkreis verteilt werden, um eine Stigmatisierung auf-

grund der Wohnlage zu vermeiden. Zudem muss die Barrierefreiheit von Sozialwohnungen verbessert werden, da besonders ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Bezahlbar ist Wohnraum auch dann, wenn der Energieverbrauch von Wohnungen gering ist. Dazu gehört eine ausreichende energetische Sanierung von Wohnungen, um die Energiekosten klein zu halten. Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine konsequente Förderung von CO<sub>2</sub>-neutralem Wohnraum ein, denn der CO<sub>2</sub>-Preis wird in den kommenden Jahren steigen und zu einer zunehmenden Belastung für jene Haushalte, die weiter von fossiler Energie abhängig sind und deren Wohnräume einen hohen Energieverlust aufweisen.

### **Kultur**

Unsere Aufgabe als Bündnisgrüne und als lebende Generationen ist es, die Erinnerung an die vielen Jahrzehnte der Diktatur wach zu halten und sie nicht einer Verzerrung preiszugeben. Die Vergangenheit gehört zu unserer Identität als Deutsche, für die wir uns nicht schämen brauchen. Eine Vergangenheit, die wir aber auch nie vergessen dürfen. Das Erinnern muss immer wieder eingefordert und erneuert werden. Das Geschichts- und Identitätsbewusstsein muss besonders bei jungen Menschen gestärkt werden. Hierzu müssen unter anderem die Gedenkstätten im Landkreis gefördert werden und als lebendige Orte der Erinnerung erhalten bleiben. In den Kreis- und Kommunalverwaltungen müssen Mitarbeitende zu Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Querdenken und Reichsbürgerbewegung geschult werden. Die Verwaltung ist Schnittstelle zwischen Staat und Bürger:innen. Ihre Mitarbeitenden tragen eine große Verantwortung im Umgang mit Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Die Verwaltungsmitarbeiter:innen müssen aktiv dazu beitragen, das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen zu stärken. Das kulturelle Angebot ist in größeren Städten zumeist deutlich besser als im ländlichen Raum. Wir Bündnisgrüne unterstützen daher besonders lokale Kulturinitiativen und -veranstaltungen in kleineren Städten und Gemeinden. Lokale Initiativen und Veranstaltungen sind stärker vom Engagement ehrenamtlicher Menschen vor Ort abhängig und daher besonders hoch zu schätzen. Eine Stärkung des Ehrenamts muss dabei immer auch den Blick für kulturelle Initiativen und Einrichtungen haben. Nicht zuletzt sind kulturelle Veranstaltungen und Initiativen eine Möglichkeit für Menschen, in Austausch zu treten und sich zu vernetzen.

### **Tourismus**

Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Radwegenetzes im Saale-Holzlandkreis, die Erweiterung des Museums "Brehms Welt - Tiere und Menschen" in Renthendorf, den Ausbau und Verbesserung des Wanderwegenetzes inklusive der Schaffung einer Assistenz für die touristische Infrastruktur/Wegewart im SHK. Zu unseren Zielen gehört die Stärkung des Thüringer Tourismusverbandes Saale-Holzland e.V., der Ausbau des Gaststättengewerbes sowie das Marketing für die Saale-Horizontale als einer von Deutschlands schönsten Wanderwegen.

## ***Kinder & Jugendliche, Bildung & Beteiligung: Schutz und Fürsorge verbessern, Demokratie stärken***

Wir Bündnisgrüne machen Politik für alle Menschen und stellen Kinder dabei ins Zentrum. Bereits in der Kita wird der Grundstein gelegt, damit sich unsere Kinder zu selbstbewussten und starken Persönlichkeiten entwickeln können. Eine verlässliche und gute Kinderbetreuung ist unerlässlich für berufstätige Eltern und die zentrale Voraussetzung zur Teilhabe insbesondere für Frauen und Alleinerziehende und um nicht ungewollt in Armut zu geraten. Junge Menschen sollen im Saale-Holzland-Kreis die besten Bedingungen für ihre persönliche Entfaltung vorfinden. Dafür müssen wir vorhandene Präventions- und niedrigschwellige Aufklärungs- sowie Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und stärken.

### **Kinder & Jugendliche**

Um die selbstbestimmte Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, braucht es mehr präventive Angebote für Familien. Mehrgenerationenhäuser vermitteln Bildung und ermöglichen einen Austausch zwischen Jung und Alt. Angebote für frühe Hilfen und Erstkontakte müssen gestärkt und besser gefördert werden. Ebenso müssen Beratungsstellen besser etabliert und bekannt sein. Es braucht einen Ausbau der Kapazitäten bei Gewaltschutzangeboten. Wir Bündnisgrünen setzen uns für die Förderung und die Stärkung des bereits bestehenden Kinder- und Jugendbeirats ein, wo Kinder und Jugendliche in die kommunale Entscheidungsfindung einbezogen werden. Junge Menschen brauchen in einer Demokratie, die durch die demographische Überalterung der Gesellschaft in Schieflage gerät, eigene Formen der Mitbestimmung und Einflussnahme auf die Politik. Gleichzeitig müssen die Interessen von Jung und Alt und die Weltansichten der verschiedenen Generationen zusammengehalten werden. Hierzu braucht es Mehrgenerationenbeauftragte, die generationenübergreifende Themen wie Einsamkeit zusammen denken. Es braucht in der Breite eine bessere Förderung von Jugendhäusern und Jugendtreffs, um jungen Menschen Angebote zur Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen. Daneben sind niederschwellige Anlaufstellen zur Hilfe und Unterstützung junger Menschen notwendig und müssen gestärkt werden. Das betrifft die Straßen- und Schulsozialarbeit sowie die allgemeine Präventionshilfe der Kommunalverwaltungen. Vor allem junge Menschen aus einkommensschwachen Haushalten sind auf öffentliche Unterstützung angewiesen und ihre selbstbestimmte Entwicklung ist in einem hohen Maße durch Unterstützung von außen abhängig.

### **Bildung**

Im Saale-Holzland-Kreis fehlt es bereits jetzt überall an Lehrkräften. In Zukunft werden noch mehr Lehrer:innen in Rente gehen und zu wenige junge Lehrer:innen nachfolgen. Der Landkreis und seine Kommunen müssen aktiv um Lehrkräfte im Gebiet des Landkreises selbst werben, um die größer werdende Beschäftigungslücke zu schließen. Dazu können Kreis und Kommunen Lehrkräfte unter anderem bei der Wohnraumsuche unterstützen. Ebenso muss das Lehrpersonal selbst durch Assistenzstellen entlastet werden, sodass sich Lehrkräfte auf eine qualitativ hochwertige Wissensvermittlung und Assistenzkräfte auf die individuelle Betreuung der Kinder und Jugendlichen konzentrieren können. Für zu viele Kinder aus einkommensschwachen Familien ist die Kita- und Schulspeisung oft die einzige warme Mahlzeit am Tag. Diese Mahlzeit sollte gesund und im besten Fall regional erzeugt sein. Um allen jungen Men-

schen ein Schulesen zu ermöglichen, müssen die Förderschwellen abgesenkt und die Unterstützungen verbessert werden. Hinzu kommt, dass Schulspeisungen von einem geringeren Mehrwertsteuersatz profitieren sollten und nicht im Bereich Gastronomie höher besteuert werden sollten. Dazu fordern wir gegenüber dem Bund, eine generelle Reform der oft nur schwer nachvollziehbaren Mehrwertsteuersätze umzusetzen.

### **Beteiligung**

Wir Bündnisgrüne haben zum Ziel, dass sich mehr Bürger:innen an demokratischen Prozessen beteiligen. Dazu müssen verschiedene Bevölkerungsgruppen erschlossen und erreicht werden, die bisher eher am Rande stehen. Nur so können unterschiedliche Interessen und Bedingungen des Zusammenlebens erfasst werden. Es gilt die Demokratie zu stärken und die politische Bildung zu verbessern. Die Grundwerte unseres freiheitlich demokratischen Zusammenlebens müssen fortlaufend gestärkt und erneuert werden. Wir Bündnisgrüne setzen uns für eine Stärkung des Miteinander ein, aber ohne extreme Akteure das friedliche Miteinander sabotieren zu lassen. Wir Bündnisgrüne wissen, dass es starke Kommunen nur mit starker Beteiligung der Zivilgesellschaft gibt. Dazu fordern wir verschiedene Formen der Beteiligung von Bürger:innen, die als dauerhafte Strukturen etabliert werden und keine Eintagsfliegen sein sollen. In Bürger:innenräten und Jugendparlamenten können generationenübergreifende Anliegen und Interessen bearbeitet werden. In Bezug auf Jugendparlamente ist die Verknüpfung mit Jugendbudgets eine Möglichkeit, jungen Menschen mehr politische Selbstbestimmung zu verschaffen. Jugendstammtische und Zukunftsgruppen sind Modelle, die sich besonders für kleinere Kommunen eignen. Ebenso muss die Beteiligung von Migrant:innen verbessert und gestärkt werden, denn auch so kann die Integration von ausländischen Menschen verbessert werden. Die öffentliche Verwaltung und Politik muss zugänglicher für junge Menschen und für Menschen mit Migrationshintergrund werden. Dazu braucht es mehr "Tage der offenen Tür" für Schulen, die Einblicke in Verwaltung und Politik bieten. Außerdem müssen Regeln und Formeln der Antidiskriminierung in die Nutzung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen aufgenommen werden, um ausländische und migrantische Menschen vor Diskriminierung und rassistischer Abwertung zu schützen. Viel zu oft wird Menschen auf Grund ihrer Herkunft auch innerhalb der Verwaltung gezeigt, dass sie nicht dazu gehören. Das schafft Misstrauen und verhindert Integration. Weil nur über eine ausreichende Finanzierung Beteiligung gelingt, brauchen auch Bürger:innenräte, Jugendparlamente sowie parlamentarische Stadtteil- und Ortsgremien eine Hoheit über ihre eigenen Budgets, die sie verwalten und für selbstbestimmte Zwecke vor Ort nutzen können. Nicht zuletzt müssen die Beteiligung von Frauen verbessert und weibliche Strukturen ausgebaut werden. Dazu sollte in Situationen der öffentlichen Beteiligung unter anderem eine bezahlte Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Zudem braucht es unter Umständen eine zeitweilige Freistellung im Beruf und gewisse Vertretungsoptionen. Das kann nur im Dialog mit Arbeitgeber:innen etabliert werden.